



N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 38. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Januar 2020, 14 Uhr,
in Raum 342 a des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jörg Nobis (AfD)

i. V. v. Volker Schnurrbusch

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Stefan Weber (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Gespräch mit Vertretern der Initiative „Land schafft Verbindung“	4
2.	Bericht der Landesregierung über die Strategie „Entwicklung Ostseeküste 2100“	22
	Antrag der Abg. Kerstin Metzner (SPD) Umdruck 19/3368	
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten	28
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1298	
4.	Export von Plastikmüll verbieten	29
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1440	
	Verschärfung der Baseler Konvention	
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1476	
	Baseler Übereinkommen konsequent umsetzen, Export von nichtverwertbarem Plastikmüll unterbinden	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW Umdruck 19/3418	
5.	Bericht über den Umweltzustand der Schlei und die Pläne der Landesregierung zur Verbesserung der dortigen Wasser- und Umweltqualität	30
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1696	
6.	Entwurf eines Gesetzes über die Pflicht zur Offenlegung transparenter Kontrollergebnisse (POTKG)	31
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1704	
7.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein	32
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1838	

8.	Beschlüsse der 33. Veranstaltung „Jugend im Landtag“	33
	Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 28. November 2019 Umdruck 19/3320	
9.	Verschiedenes	34
	a) Kohlekraftwerk Wedel	34

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuss die Tagesordnungspunkte 3 und 5 von der Tagesordnung ab.

Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge beraten: 2, 4, 9, 6, 7, 8, 1. Nach Tagesordnungspunkt 8 wird die Sitzung zwischen 15:15 und 15:45 Uhr unterbrochen.

1. Gespräch mit Vertretern der Initiative „Land schafft Verbindung“

Herr Dirk Andresen, Vertreter der Initiative „Land schafft Verbindung“, teilt mit, am heutigen Tage habe ein Zukunftsdialog mit den Bauern in Schleswig-Holstein in Rendsburg stattgefunden. Von dieser Veranstaltung habe er mitgenommen, dass die Bauern an der Zukunft interessiert seien. Wichtig seien Perspektiven für die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft habe bei den aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen deutlich Schwierigkeiten, den Dialog fortzusetzen. Rahmenbedingungen müssten auch zu den wirtschaftlichen Bedingungen der Betriebe passen.

Junge Betriebsleiter benötigten - auch von der Politik - eine Zukunftsperspektive. In den vergangenen 20 Jahren hätten viele Betriebe wegen fehlender Perspektive aufgegeben. Er gehe davon aus, dass die zukünftige Entwicklung in der Bundesrepublik wesentlich von der Politik mitgetragen werden müsse. In Europa gebe es derzeit die günstigsten Lebensmittel überhaupt. Das seien schwierige Rahmenbedingungen für die Betriebe.

In der Politik müsse auch die Ökonomie eine Rolle spielen. Hierbei wolle die Initiative „Land schafft Verbindung“ gern helfen.

Viele könnten sich die derzeitigen betriebswirtschaftlichen Bedingungen vermutlich nicht vorstellen. Jemand, der vor etwa zehn Jahren in einen Sauenstand investiert habe, stehe jetzt vor dem Problem, dass dieser Kastenstand in Zukunft nicht mehr genutzt werden dürfe. Das sei ein Problem.

Es gebe allerdings auch einen gesellschaftlichen Anspruch an den Landwirt. Dieser Verantwortung müsse er sich stellen. Führt man aber zusätzliche Rahmenbedingungen dazu, dass in Schleswig-Holstein nicht mehr wirtschaftlich gewirtschaftet werden könne, gebe es ein Problem. Dann gebe es nämlich keine regionale Produktion mehr. Diese müsse eine Rolle spielen.

Auch hinsichtlich CO₂ könne man nur etwas mit regionaler Landwirtschaft bewirken. Er stelle daher die Frage, wie sich die Politik das in Zukunft vorstelle. Würden alle Lebensmittel ökologisch produziert, würden sie teurer. Ein dafür erforderlich soziostruktureller Umbau führe nur dazu, dass noch mehr Menschen auf die Tafel angewiesen seien. Die Gesellschaft werde nach wie vor auf einen gewissen Anteil von günstigen Lebensmitteln angewiesen sein.

Ansprechpartner für die Bauern sei der Lebensmitteleinzelhandel - LEH -, der Rahmenbedingungen setze, die nicht unbedingt weiterhelfen, da hier Preisdumping betrieben werde. Hier müsse auch mit dem LEH in Gespräche eingetreten und versucht werden, etwas zu erreichen.

Auf der heutigen Veranstaltung sei deutlich geworden, dass das, was diskutiert worden sei, viele Bauern interessiert habe. Es bestehe eine sehr große Solidarität in der Landwirtschaft. Es seien auch viele junge Betriebsleiter anwesend gewesen, die sich um ihre betriebliche Zukunft sorgten. Er halte regionale Landwirtschaft für notwendig. Er animiere dazu, für die Zukunft etwas Nachhaltiges zu erreichen.

Abg. Rickers erkundigt sich nach konkreten Ergebnissen der angesprochenen Veranstaltung.

Herr Dirk Andresen sagt zu, dem Ausschuss das Protokoll darüber zur Verfügung zu stellen. Er legt dar, es gebe viele Problembereiche in der Landwirtschaft, und nennt beispielhaft Tierhaltung, Pflanzenschutz und Düngung.

Er geht sodann auf die Düngeverordnung ein und merkt an, dass diese auch umgesetzt werden können müsse. Er macht deutlich, welche Auswirkungen der Entwurf der Düngeverordnung auf die Produktion habe. Ergebnis seien weniger Protein im Weizen und in der Folge weniger Erlös für das Produkt Weizen. Im Ergebnis sei etwa 20 % der Erlöslage einer Getreidefrucht betroffen.

Mit dem Anbau von 1 ha Mais könnten 30 t CO₂ kompensiert werden. Bei einem Handelspreis von 35 €/t CO₂ wären das etwa 30.000 €. Dies werde von der Gesellschaft aber nicht bezahlt.

Sollte der Rahmen so gesteckt werden, wie sich das andeute - Green Deal, Insektenschutz, Düngeverordnung -, werde es zu der Situation kommen, dass regionale Landwirtschaft Tierhaltung nicht mehr betreiben könne. Dann würden möglicherweise - wie in den neuen Bundesländern - Betriebe aufgekauft. Ziel müsse sein, nach wie vor vor Ort Landwirtschaft zu betreiben. Die Flächenstruktur in Schleswig-Holstein sei ökologisch günstig. Sofern man eine nachhaltige Produktion haben wolle, müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, innerhalb derer auch investiert werden könne. Derzeit investierten Betriebe nämlich nicht, und zwar, weil es kein Vertrauen in zukünftige Rahmenbedingungen gebe. Hier müsse sich Politik wieder Vertrauen für zukünftige Investitionen erwerben.

Abg. Fritzen erkundigt sich danach, ob sich die Initiative „Land schafft Verbindung“ vom Bauernverband nicht vertreten fühle. Außerdem wiederholt sie die Frage des Abg. Rickers nach konkreten Zielen der Initiative „Land schafft Verbindung“.

Frau von Schmidt-Kühl, Vertreterin der Initiative „Land schafft Verbindung“, legt dar, Grund für das Zusammenfinden in der Initiative sei eine große Unzufriedenheit im Berufsstand insgesamt gewesen, mit Sicherheit auch teilweise, weil man sich durch den Bauernverband nicht mehr so repräsentiert gefühlt habe. Die Bewegung gebe es nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit.

Im Oktober 2019 habe man sich über die sozialen Medien zusammengefunden. Gründe seien gewesen das Bauernbashing, die nicht mehr vorhandene Wertschätzung in der Bevölkerung, das Freihandelsabkommen Mercosur, das Agrarpaket, die Düngeverordnung und das Insektenschutzpaket.

Derzeit befinde man sich noch in der Findungsphase. Der Einladung zu der heutigen Veranstaltung in Rendsburg seien über 1.000 Bauern aus Schleswig-Holstein und Hamburg gefolgt, um ihre Ideen einzubringen, um eine Richtungsentscheidung zu treffen.

Die jetzige Situation könne so nicht bleiben. Es gebe sehr viele junge Landwirte, die sich ihrer Verantwortung bewusst seien auch in Bezug auf Umweltschutz, Insektenschutz und Klimaschutz.

Derzeit könne sie die Aussage treffen, dass die auf politischer Ebene erdachten Maßnahmen nicht so umsetzbar und zielführend seien, wie es die Landwirte für richtig hielten. Daher werde derzeit daran gearbeitet, Lösungen zusammenzutragen.

Abg. Eickhoff-Weber legt dar, dass das Thema groß und komplex sei. Das sei vielen, die nicht im Bereich der Landwirtschaft unterwegs seien, manchmal schwer zu vermitteln. Ihr persönlicher Hintergrund helfe ihr, vieles von dem, was vorgetragen werde, zu verstehen und richtig einzuordnen.

Die Stimmungslage in der Bevölkerung, das gesellschaftliche Fordern von der Landwirtschaft, aber dem Nicht-konsequent-Sein im eigenen Tun in der Bevölkerung mache Landwirte müde. Der Lebensmitteleinzelhandel trage hier eine große Verantwortung. Dieser gestalte die Preise, und die Lieferanten hätten nicht viel Einfluss darauf. In der Bevölkerung müsse sowohl die Chance als auch das Bewusstsein, anders einzukaufen, wachsen. Hier fehle ihrer Ansicht nach eine konsequente Deklaration.

Sie konkretisiert die Frage der Abg. Fritzen, an welchen Stellen sich die Initiative „Land schafft Verbindung“ vom Bauernverband nicht vertreten fühle. Außerdem stellt sie die Frage nach den Rahmenbedingungen, die die Initiative „Land schafft Verbindung“ erwarte, und danach, welchen Anteil die Landwirte zu den Themen Nitrat, Insekten und Umweltschutz erbringen wollten.

Herr Dirk Andresen legt dar, die meisten Bauern seien Mitglied im Bauernverband. Es gebe ein gutes Verhältnis zum Bauernverband. Es handele sich um den Verband, der für die Bauern die Facharbeit leiste und funktional organisiert sei. Die Mitglieder der Initiative „Land schafft Verbindung“ stünden mitten im Beruf und entfaltetes dadurch Glaubwürdigkeit. Das ändere nichts daran, dass der Bauernverband ein wichtiger Ansprechpartner sei. Er habe beispielsweise gemeinsam mit dem Bauernverband von Frau Merkel den Auftrag erhalten, die Zukunftskommission zu gründen und daran mitzuarbeiten.

Bauern seien von einer bestimmten Politik betroffen. Die Schnittmengen zwischen den Forderungen des Bundesumweltministeriums zum Thema Insektenschutz und dem, was Bauern tun könnten, seien klein. Sollte Verwaltungsrecht und Ordnungsrecht entsprechend umgesetzt werden, könnten sich Bauern nicht wehren. Das mache sich auch darin deutlich, dass in den letzten Jahren mehr als 20 % der Betriebe aufgehört hätten. Auch dafür trage die Politik Verantwortung. Gesucht werde eine Konsensfähigkeit, ein gemeinsamer Weg.

Beispielsweise sollten Messergebnisse im Zusammenhang mit der Düngeverordnung transparent sein. Das seien sie derzeit nicht. Es gebe in den Bundesländern unterschiedliche Messmethoden sowie unterschiedliche Interpretationen der Messergebnisse. Es bedürfe hier einer wissenschaftlichen Begleitung.

Sofern weniger Dünger eingesetzt werde, tauchten andere Probleme auf, die aber in der Diskussion nicht berücksichtigt würden.

Abg. Nobis erkundigt sich nach dem Handlungsspielraum der Bauern, dem Zusammenhang zwischen Nitratbelastung und geringerem Ausbringen von Dünger, nach den Erwartungen an die Politik sowie EU-Fördermittel.

Dirk Andresen, Vertreter der Initiative „Land schafft Verbindung“, antwortet, es sei nicht belegt, dass eine geringere Nitratausbringung zu einer direkten geringeren Belastung des Grundwassers führe. Hier halte er mehr wissenschaftliche Begleitung für notwendig. Bei der Festlegung von Messstellen sei die Frage zu stellen, wer sie festlege. Hier brauche es möglicherweise eine größere Binnendifferenzierung, um besser aufgestellt zu sein. Gebe es beispielsweise in roten Gebieten eine Situation, die nicht nachvollziehbar sei, müsse dem nachgegangen werden. Möglicherweise sei es für einzelne Betriebe nachvollziehbar. Dann müssten die Situation und verschärfte Bestimmungen hingenommen werden, auch wenn es für die betroffenen Betriebe nicht einfach wäre.

Anhand von einigen Beispielen verdeutlicht er, dass es derzeit keine genauen Aussagen darüber gebe, wie die Anforderungen beispielsweise an die Tierhaltung künftig seien, um entsprechend Investitionen vorzunehmen. Es gebe auch keine Sicherheit, dass vorgenommene Investitionen Bestand haben könnten. Insofern bestehe keine Investitionssicherheit. In Schleswig-Holstein gebe es auch praktisch keine Investitionsförderung. Beispielhaft benennt er hier

Mecklenburg-Vorpommern, wo etwa die Anschaffung von Pflanzenschutzspritzen teilweise gefördert werde.

Wolle sich die Landwirtschaft verbessern, müsse jetzt investiert werden. Das sei aber angesichts der Gewinne kaum möglich, wie durch Nachfragen beim Buchführungsverband bestätigt werden könne.

Auf Fragen des Abg. Göttisch legt Herr Thomas Andresen dar, für viele sei überraschend gewesen, wie positiv die Proteste der Bauern in der Bevölkerung aufgenommen worden seien. Klargestellt sei, dass das, was sich in den sozialen Netzwerken abspiele, nicht unbedingt die Realität abbilde.

Zu dem Vorschlag, eventuell eine Fleischsteuer zur Verbesserung des Tierwohls einzuführen, weist er darauf hin, dass eine Steuer nicht zweckgebunden erhoben werden könne. Außerdem halte er es für schwierig, der Bevölkerung einen weiteren Zuschuss für Bauern zu erklären.

Abg. Bornhöft vertritt die Ansicht, im Zuge der Diskussion um das Agrarpaket trete ein wenig ins Hintertreffen, dass die umweltschonendste und klimaschutzschonendste Produktionsweise die regionale Lebensmittelherstellung sei. Außerdem spricht er die Themen CO₂-Vermeidung durch Landwirtschaft und Strukturwandel in der Landwirtschaft an. Hinsichtlich des Tierwohls vertritt er die Auffassung, dass die Schaffung konkreter, langfristiger Vorgaben mit Bestandschutz zielgerichtet sei.

Herr Dirk Andresen führt aus, Mais werde nicht nur für Biogasanlagen, sondern auch zur Fütterung angebaut. Hier könne er sich eine Erlössituation durchaus vorstellen. Das hänge aber von der jeweils herrschenden politischen Stimmungslage ab. Es gebe immer wieder neue Ansätze und nicht nur eine Richtung, in die die Entwicklung laufe. Möglicherweise bedürfe es einer Art erneuerbare Landwirtschaft, die sich aber definieren müsse. Diese dürfe nicht zum Spielball der Politik werden. Die Bauern müssten klar und deutlich wissen, wie sie produzieren sollten. Er macht sodann am Beispiel seines Dorfes die Strukturwandel in der Landwirtschaft deutlich.

Die Erlössituation in der Landwirtschaft sei sehr kompliziert. Jedes Mal, wenn der Staat in den Markt eingreife, habe die Landwirtschaft davon nicht profitiert. Das sei ein Resultat der Politik

der letzten Jahre. Bürokratie, Versuche, eine gewisse Ordnungsmacht über die Bauern auszuüben, kosteten eigentlich nur Geld. Es gebe zwar eine gewisse Erlössituation über Beihilfen und Ähnliches, aber im Grunde genommen hätten Bauern aufgehört zu existieren. Er verweist erneut auf die beim Buchführungsverband einsehbaren Betriebsergebnisse.

Abg. Voß geht auf die Ursachen des Strukturwandels ein. Er bezieht sich außerdem auf Videoaussagen von Vertretern der Kampagne und mahnt zur Zurückhaltung. Er geht ferner auf eine mögliche CO₂-Einsparung im Bereich der Landwirtschaft ein und macht deutlich, dass die Angelegenheit komplexer sei als dargestellt.

Im Folgenden bezieht er sich auf einige der vorgetragenen Punkte und stellt unter anderem konkrete Fragen. Er stimmt der Aussage zu, dass viele Produkte regional erzeugt werden sollten. Er fragt, ob Konsequenz davon sein solle, dass beispielsweise der Binnenschutz bei der Milch in der EU abgeschafft werden solle. Man dürfe nicht nur nach Südamerika schauen, sondern müsse auch betrachten, wie aus der EU heraus Märkte mit Produkten überschwemmt würden. - Er weist ferner darauf hin, dass es die Bundesrepublik in Zukunft 1 Million € kosten werde, wenn die Düngeverordnung nicht angepasst werde. Hier seien konkrete Vorschläge notwendig, aber auch Konsequenzen. - Dass die gesamte Insektenthematik gewissermaßen an die Wand geschoben werde, halte er nicht für zielführend. - Sofern Produkte sicher produziert werden sollten, sei eine staatliche Kennzeichnungspflicht notwendig. Beispielhaft benennt er hierzu den Biobereich und den Schaleneierbereich. - Er spricht die Umschichtungen von Mitteln der Agrarförderung aus der ersten in die zweite Säule an. - Ferner geht er auf das Tierhaltungsgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung und die erforderliche Finanzierung bei Umsetzung der Maßnahmen ein.

Herr Thomas Andresen bezieht sich auf den Hinweis des Abg. Voß zu Videobotschaften und macht auf entsprechende Befindlichkeiten auf Äußerungen in sozialen Medien oder gar des Fernsehens aufmerksam. Die Tonlage sei rau. Manchmal überspitze man. Im Übrigen habe er sich im Nachhinein für sein Video entschuldigt. In einigen Punkten sei er zu weit gegangen.

Er weist darauf hin, dass Mais an Rinder verfüttert würde, die geschlachtet würden. Hier sei zu fragen, ob nun der Bauer oder der Verbraucher, der das Fleisch kaufe, Verursacher für das CO₂ sei. Die Landwirtschaft sei neben der Forstwirtschaft derzeit der einzige Betriebszweig, der in der Lage sei, CO₂ zu speichern. Es gebe aber keinerlei Ansätze im Bereich der Politik zur

Honorierung dieser Leistung. Der Zertifikatehandel mit CO₂ solle von neu zu gründenden Firmen durchgeführt werden. Das habe zur Folge, dass wieder andere Menschen als die in der Landwirtschaft Tätigen davon profitierten. Es gebe dann einen neuen Berufszweig, der an der Landwirtschaft verdiene, nicht aber die Landwirtschaft selbst.

Auf einen Einwurf des Abg. Voß legt Herr Thomas Andresen dar, der Landwirtschaft wäre schon geholfen, wenn von der Bundespolitik oder von der Landespolitik ein Zeichen käme, wo die Reise hingehen solle. Nach seiner Auffassung sei es auch nicht so, dass größere Betriebe kleinere aufkauften, sondern für Betriebsaufgaben seien die fehlende Perspektivlosigkeit angesichts der Rahmenbedingungen verantwortlich.

Herr Dirk Andresen geht auf die Frage ein, was die Landwirtschaft tun könne. Hier verweist er auf seinen Vorschlag, eine Art Fair-Trade-Modell in Deutschland zu entwickeln. Dazu fehlten derzeit aber die Rahmenbedingungen. Im Übrigen vertritt er die Auffassung, dass Vorschläge nicht nur aus der Bauernschaft kommen sollten, sondern auch von der Politik entwickelt werden müssten. - Er verweist auf das Beispiel Dänemark im Hinblick auf den Proteingehalt im Weizen sowie im Bereich des Tierschutzlabels. - Zum Thema Insektenschutz fordert er fundierte wissenschaftliche Untersuchungen und führt beispielhaft die Situation in der Landwirtschaft in Lettland an.

Abg. Redmann hält es nicht für einen guten Einstieg in eine Diskussion, wenn kritisiert werde, dass Staat und Politik eingriffen. Es sei Wesen und Aufgabe der Demokratie und des Staates, Gesetze und Vorgaben zu machen.

Sie unterstützt sodann die Ausführung von Abg. Eickhoff-Weber. Auch sie mache sich viele Gedanken über den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Das angesprochene Bashing treffe im Übrigen auch andere Berufsgruppen. Sie könne aber auch durchaus verstehen, dass das zermürend sei.

Sie wendet sich sodann dem Thema Insektensterben zu und hält die Aussage, dass die Krefelder Studie nicht wissenschaftlich belegt sei, für gewagt. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass es keine Aussagen gebe, dass das Insektensterben nur von der Landwirtschaft verursacht sei. Im Gegenteil, von vielen Politikern gebe es eher die Aussage, dass Naturschutz nur mit der Landwirtschaft gehe.

Sie erkundigt sich nach der genauen Aufgabe der Initiative. Der Bauernverband sei Interessenvertreter der Landwirtschaft und solle die Interessen aller Landwirtinnen und Landwirte vertreten. Bestehende Vorschriften hätten durchaus eine Grundlage. Es gehe nun darum, gemeinsam Punkte zu erarbeiten, um auf eine Linie zu kommen. Sicherlich werde es aber auch Themen geben, bei denen man nicht zusammenkommen werde.

Frau von Schmidt-Kühl berichtet von der Veranstaltung in Rendsburg, dass es viele konventionelle Landwirte gebe, die sich im Umweltschutz engagieren. Dass dies in der Öffentlichkeit wenig bekannt sei, bedauere sie. Es gebe dafür auch entsprechende staatliche Programme. Diese seien häufig überzeichnet. Konventionelle Landwirte scheiterten also häufig daran, dass nicht genügend Gelder bereitgestellt würden. Für hilfreich hielte sie auch, wenn es zwischen der konventionellen und der ökologischen Landwirtschaft fließendere Übergänge gebe. Das beginne bereits bei der getrennten Beschulung der Landwirte für den konventionellen und den ökologischen Bereich.

Auf einen Einwurf von Herrn Dirk Andresen vertritt Abg. Redmann die Ansicht, der Strukturwandel in der Landwirtschaft habe viele Ursachen. Auch ihr sei bekannt, dass viele, insbesondere junge Landwirte, die Auffassung verträten, dass sich die Arbeit nicht lohne. Die Frage sei nur, wie man dem entgegenwirken könne. Bei einer möglichen Umschichtung von Mitteln von der ersten in die zweite Säule könnte man genau über die von Frau von Schmidt-Kühl angesprochenen Maßnahmen nachdenken. Ein weiterer Grund sei sicherlich die Monopolstellung von Einzelhändlern. Für notwendig halte sie auch die Aufklärung der Bevölkerung und die Einführung eines Tierwohllabels.

Der Vorsitzende vertritt als Vertreter seiner Fraktion die Auffassung, dass das A und O in jedem wirtschaftlichen Bereich Verlässlichkeit sei. Im landwirtschaftlichen Bereich gebe es diese kaum. Auch in Schleswig-Holstein müsse die Frage geklärt werden, wo die Reise hingehel. Dazu sei beispielsweise das Dialogforum des Umweltministeriums gegründet worden. Der Ministerpräsident habe auf dem Bauerntag 2017 den Begriff des Ackerfriedens geprägt. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich nach der Dialogbereitschaft auf Bundesebene.

Herr Dirk Andresen gibt zu bedenken, dass Dialog auch mit Transparenz zu tun habe, der von den Ministerien gezeigt werden sollte. Es sei nicht immer einfach zu bewerten, wie bestimmte Maßnahmen die Landwirtschaft treffe. Er gebe seinen persönlichen Eindruck aus Gesprächen

mit dem Bundesumweltministerium wieder, dass es Schnittmengen zwischen diesem Ministerium und der Landwirtschaft von unter 5 % gebe. In einem Gespräch mit dem NABU-Vorsitzenden habe er dagegen Schnittmengen von über 50 % festgestellt.

Er geht sodann auf den Entwurf der Düngeverordnung ein und hält diese für außerordentlich kompliziert und nicht umsetzbar. Sofern sie Realität werde, könne ein Bauer gewissermaßen nur mit einem Rechtsanwalt an seiner Seite düngen. Es gehe darum, nicht in eine Situation zu kommen, in der die Landwirtschaft kriminalisiert werde. Es gehe auch darum, die Lebenswirklichkeit von Landwirten zu begreifen. In dem Verordnungsentwurf stehe beispielsweise, dass Landwirte ab einer bestimmten Hangneigung nur bis zu einer bestimmten Entfernung zu Gewässern düngen dürften. Dazu sei die Frage zu stellen, wie in der Praxis die Hangneigung festgestellt werden könne.

Abg. Röttger legt dar, sie wolle zunächst einmal die positiven Aspekte herausstellen, nämlich Solidarität, junge, gut ausgebildete Landwirte, die heute stattgefundene Veranstaltung mit über 1.000 Menschen. Alle, die in dieser Ausschusssitzung an diesem Tisch säßen, seien in Verantwortung für das Land unterwegs. Das seien große Gemeinsamkeiten. Sie könne sich im Übrigen Schleswig-Holstein nur als eine aktiv bewirtschaftete Kulturlandschaft vorstellen. Dazu gehöre Landwirtschaft. Dies alles sei auch zu sehen in einer Zeit der Diskussion, in der das regionale Denken wieder stärker in den Vordergrund trete. Vor diesem Hintergrund stelle sie die Frage, wie eine positive Imagekampagne aufgelegt werden könne, sodass Menschen wieder zu einer Esskultur kämen, in der regionale Produkte bevorzugt würden.

Frau von Schmidt-Kühl legt dar, diese Thematik sei sowohl in den letzten Wochen als auch auf der heutigen Veranstaltung angesprochen worden. Neben den Trecker-Demonstrationen habe es auch viele persönliche Ansprachen gegeben, die medial nicht so präsent gewesen seien. Ihre feste Überzeugung sei, dass wieder etwas Ähnliches wie die Centrale Marketinggesellschaft - CMA - etabliert werden müsse. Bundesministerin Klöckner habe eine Wertschätzungskampagne angedacht. Ihr sei allerdings nicht bekannt, wie sie umgesetzt werden solle.

Die Projekte in den Schulen würden von der Landwirtschaft sehr begrüßt und unterstützt. Alle Landwirte seien aufgerufen, in diesem Bereich tätig zu sein. Im Übrigen halte sie es nicht nur für wichtig, Kinder auf Hofe einzuladen, sondern auch das Lehrerkollegium, um zu zeigen, wie

Landwirtschaft, auch konventionelle Landwirtschaft, funktioniere. Es gebe auch bundesweite Aktionen „Tag des offenen Hofes“. Hier sei die Landwirtschaft gefragt, sich weiter zu öffnen.

Abg. Rickers meint, gegenwärtig werde der Eindruck erweckt, die Landwirtschaft verteidige sich, weil alles gut sei. Deshalb frage er danach, ob auch aus der Sicht der Vertreter der Initiative Problembereiche bei der Landwirtschaft selbst bestünden.

Herr Thomas Andresen legt dar, aus Gesprächen insbesondere mit jungen Landwirten sei immer wieder zu hören, dass sie Veränderung und Gestaltung wollten. Auf seinem Betrieb beispielsweise verzichte er seit dem letzten Jahr auf den Einsatz von Glyphosat, und versuche, das gewünschte Resultat auf anderen Wegen, etwa mit dem Einsatz von Bakterien, zu erzielen. Eine derartige Veränderung gehe aber nicht zum Nulltarif. Die Landwirte seien durchaus bereit, eine Agrarwende mitzumachen. Es müsse den Landwirten dann aber besser gehen als vorher. Ziel müsse sein, eine Landwirtschaftspolitik zu gestalten, die den bestehenden Höfen eine Existenz ermögliche. Die Tatsache, dass Umweltprogramme nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in anderen Bundesländern überzeichnet seien, sei ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die in der Landwirtschaft Tätigen ändern wollten. Es gehe letztlich darum, die Höfe zu erhalten, die Strukturen zu erhalten und die Familien zu ernähren.

Abg. Eickhoff-Weber geht auf den Strukturwandel ein und legt dar, dieser habe in den letzten 20 Jahren stattgefunden. Er unterscheide sich deutlich von dem, was man derzeit erlebe. Die Situation für die Landwirtschaft sei gegenwärtig außerordentlich hart. Das propagierte „wachse oder weiche“ habe nicht nur mehr Produktion auf dem eigenen Acker bedeutet, sondern auch mehr Land für den einzelnen Betrieb.

Sie bezieht sich auf den letzten Beitrag von Herrn Thomas Andresen und legt dar, sie erlebe viele im Land, die bereit sind, etwas zu ändern. - Sie weist darauf hin, dass ihre Fraktion ein Ausstiegsmodell für Glyphosat anstrebe, sodass Landwirte, die aussteigen wollten, dafür eine Honorierung bekämen und das Risiko nicht allein tragen müssten. Sie unterstütze die Forderung, dass diejenigen, die etwas Neues probieren wollten, unterstützt werden müssten. - Sie weist weiter darauf hin, dass der ehemalige Minister Habeck im Rahmen der Ausbildung der konventionellen Landwirtschaft eingeführt habe, dass auch ökologischer Landbau vermittelt werden müsse und umgekehrt. Klares Ziel sei das gegenseitige Verstehen von Ökolandbau und konventionellem Landbau und das Voneinander-Lernen. - Das Projekt Landwirtschaft und

Schule sei von Werner Schwarz und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Torsten Albig eingeführt worden. Es laufe. Sie bitte, anzuerkennen, dass es auch in den letzten Jahren durchaus Ansätze gegeben habe in die Richtung, die von den Vertretern der Initiative „Land schafft Verbindung“ benannt würden. - Sie erinnere auch daran, dass Torsten Albig die sozioökonomische Beratung der Landwirte deutlich gestärkt habe.

All diese Beispiele nenne sie, um deutlich zu machen, dass es kein Gegeneinander gebe, sondern durchaus auch Ansätze von Verstehen und Miteinander. - Für sie sei ein wichtiger Punkt, die Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft zu honorieren. Das müsse die Aufgabe der nächsten europäischen Agrarpolitik sein.

Hinsichtlich der Düngeverordnung legt sie dar, dies liege nicht zum ersten Mal im Rahmen des Düngepakets auf dem Tisch. Es werde schon sehr lange darüber diskutiert. Sie halte es für außerordentlich bedauerlich, dass der Berufsstand der Landwirtschaft in den Diskussionen nicht so vertreten worden sei, dass es am Ende eine Lösung gebe, mit der die EU-Rahmenrichtlinie eingehalten werde und mit der die Landwirtschaft leben könne.

Der Ackerfriede des jetzigen Ministerpräsidenten bedeute nicht, dass es keine neuen Gesetze mehr gebe, sondern habe zum Inhalt gehabt, dass es eine Kommunikation von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gebe, um aus der Konfrontation herauszukommen und gemeinsam nach neuen Wegen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik zu sorgen.

Sie halte es für gut, dass in dieser Sitzung ein Anfang eines Dialogs gemacht worden sei, und hoffe, dass dieser Dialog konstruktiv und kommunikativ fortgesetzt werde, und zwar so, dass Schleswig-Holstein in der Bundesrepublik eventuell irgendwann einmal an der Spitze stehe.

Herr Dirk Andresen weist darauf hin, dass der ehemalige Umweltminister Habeck auch gesagt habe, dass der Tierbestand um die Hälfte reduziert werden müsse. Würde er dem auf seinem Hof folgen, wäre die wirtschaftliche Grundlage für seinen Betrieb nicht mehr vorhanden.

Ein ehrlicher Dialog beinhalte auch, sich gegenseitig Dinge zu sagen, die nicht so gefielen. Dennoch könne man in eine gemeinsame Richtung gehen. Er schlage daher vor, gemeinsam

mit dem LEH Gespräche zu führen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Einkaufsgewohnheiten der Verbraucherinnen und Verbraucher, die auf einen niedrigen Preis schauten, auch wenn das Produkt nicht nachhaltig produziert sei.

Auf die Frage aus dem Ausschuss nach Richtlinien beziehungsweise Leitlinien verweist er darauf, dass die Initiative „Land schafft Verbindung“ erst seit 53 Tagen arbeite. Zur Grünen Woche sei geplant, eine Pressekonferenz durchzuführen und Leitlinien herauszugeben. Er weist darauf hin, dass die Mitglieder der Initiative „Land schafft Verbindung“ keine Politprofis seien, sondern lediglich versuchten zu vermitteln, wo sie der Schuh drücke.

Abg. Neve bestätigt die schlechte Stimmung im Bereich der Landwirtschaft, auch beispielsweise bei der Landjugend. Als Ursache dafür sieht er die entsprechenden europäischen und bundesrechtlichen Bestimmungen. Im Übrigen stellte er die Frage, wie in Zukunft Brotweizen produziert werden könne, sofern die Düngeverordnung wie geplant in Kraft trete.

Herr Dirk Andresen legt dar, Dänemark - hier bezieht er sich auf eine Äußerung des Abg. Neve - beziehe Weizen aus Russland. Die Proteingehalte in Dänemark lägen derzeit bei etwa 8,3 %. Das sei die Konsequenz der Nichtdüngung einer Frucht. Das werde dem Anspruch nicht gerecht, sich mit eigenen Lebensmitteln zu ernähren. In diesem Zusammenhang verweist er auf unterschiedliche Rahmenbedingungen im Nicht-EU-Ausland und in anderen europäischen Staaten auch hinsichtlich des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln hin. So würden in anderen EU-Staaten Pflanzenschutzmittel angewendet, die in der Bundesrepublik seit Jahren verboten seien. Sofern Produkte aus diesen Ländern verwendet würden, sei der Einsatz dieser Pflanzenschutzmittel im Handel nicht nachvollziehbar.

Abg. Voß weist darauf hin, dass bei der Umsetzung von Düngeverordnungen die Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern Nachholbedarf habe. Die angesprochene Situation in Dänemark sei seiner Auffassung nach eine Folge der seit vielen Jahren erfolgten Überdüngung.

Er macht sodann seinen Besorgnis über die Situation in der Landwirtschaft deutlich. Nicht beantwortet sei aber die Frage, wo das notwendige Geld für Änderungen herkommen solle. Hier seien der Markt und die Marktregularien gefragt. Er vertrete im Übrigen auch die Auffassung, dass man durchaus darüber diskutieren sollte, wie man zu einer Anpassung der Preise kommen könne, indem man die Mengen anpasse.

Er erkundigt sich nach konkreten Bedenken hinsichtlich des European New Deal. Außerdem verweist er darauf, dass es neben dem LEH weitere Marktteilnehmer gebe, mit denen Gespräche geführt werden könnten.

Herr Dirk Andresen macht darauf aufmerksam, dass die Agrarprämie eingeführt worden sei, um den Weltmarktpreis auszugleichen. Werde dieses Geld für andere Zwecke eingesetzt, würden damit Betriebe getroffen, die damit kalkulierten. - Er weist darauf hin, dass nach seinen Erfahrungen beispielsweise in den neuen Bundesländern Investoren wegen nicht eindeutiger Bestimmungen keine Tierhaltung mehr betrieben. - Die Frage, wo das Geld herkommen solle, könne er nicht beantworten. Vor diesem Hintergrund - so wiederholt er - fordere er einen ehrlichen Dialog. Möglicherweise sei es notwendig, die Landwirtschaft neu zu definieren.

Abg. Voß vertritt die Auffassung, dass beim Landwirt das Geld für produzierte Ware ankommen müsse. Das gehe aber nur, wenn nicht ständig über Bedarf produziert werde. - Herr Dirk Andresen hält dem entgegen, der Markt regle sich von allein. Sofern weitere Rahmenbedingungen per Gesetz von der Politik hinzukämen, sei das ein Problem.

Abg. Meyer hält es für notwendig, nach vorn zu schauen. Deshalb sei es auch notwendig, Probleme, die auf die Landwirtschaft zukämen, rechtzeitig zu besprechen. Er erinnert an die Informationen im Ausschuss in der letzten Sitzung zur Verdichtung von Böden durch schwere Maschinen. Auch dies müsse in die Diskussion einbezogen werden. Die durch die Verdichtung von Böden entstehenden Probleme müssten gelöst werden.

Abg. Nobis vertritt die Auffassung, dass die Probleme der Landwirtschaft nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa ähnlich seien. Nach seiner Auffassung sei es so, dass die Landwirtschaft mit einigen Produkten kein Geld mehr verdiene und es einen Trend zur Überreglementierung gebe. In diesem Zusammenhang spricht er Vorgaben aus Brüssel an, die in Berlin manchmal nur noch umgesetzt würden. Möglicherweise seien auch Zölle notwendig, um den EU-Binnenmarkt zu schützen.

Abg. Fritzen legt dar, zu einem ehrlichen Dialog gehöre auch, über Instrumente zu sprechen. Sie habe Verständnis dafür, dass die Landwirtschaft nachdrücklich auf Probleme aufmerksam mache. Sie weise aber auch auf Strukturwandel in anderen Bereichen hin.

Sie spricht die Strukturbeihilfen bei der Landwirtschaft an und stellt die Frage in den Raum, inwieweit akzeptiert werde, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, dass die Landwirtschaft nicht so produziere, wie es notwendig wäre, um bestimmte Umweltstandards einzuhalten. Deshalb halte sie es für notwendig, darüber zu diskutieren, welches die Instrumente sein könnten. Das sei in der bisherigen Diskussion zu kurz gekommen. Es gebe beispielsweise Diskussionen über Tierschutzlabel. Über ein hartes Tierschutzlabel könne man sicherlich auch einen höheren Preis erzielen. Akzeptanz werde man sicherlich dann herstellen, wenn ein Tierwohllabel transparent und kontrolliert eingeführt werde.

Sie weist darauf hin, dass Übergangsfristen häufig sehr lang seien, und macht auf positive Beispiele - beispielsweise bei Legehennen - aufmerksam.

Zu den Düngevorgaben vertritt sie die Auffassung, dass man nicht erklären könne, wieso es Deutschland nicht geschafft habe, über 30 Jahre die Nitrat-Rahmenrichtlinie der EU nicht umzusetzen, sodass jetzt die Gefahr einer Strafzahlung von 900.000 € pro Tag drohe. Es müsste im ureigenen Interesse der Landwirtschaft liegen, gemeinsame Lösungen zu finden, die praxistauglich seien und sogleich das Kernproblem - Nitrat - in den Griff bekämen.

Sie weist darauf hin, dass Lammfleisch aus deutscher Produktion kaum Absatz habe, während Lammfleisch aus Neuseeland mit dem Flugzeug eingeführt werde. Zugleich überschwemme Deutschland mit seiner Produktion beispielsweise den Markt in Ghana. Es sei also auch so, dass die Bundesrepublik Märkte in anderen Ländern kaputt mache und den dort lebenden Menschen die Möglichkeit nehme, sich selber helfen zu können.

Der Öffentlichkeit sei nicht zu vermitteln, wieso Ergebnisse von wissenschaftlichen Studien immer wieder infrage gestellt würden und so beispielsweise das Verbot des Einsatzes von Glyphosat immer weiter hinausgeschoben werde.

Sie bestätigt, dass die EU zentral für Vorgaben im Bereich der Landwirtschaft verantwortlich sei, weist aber auch darauf hin, dass die Landwirtschaft in der Bundesrepublik nicht annähernd so viel Geld zur Verfügung stünde, gäbe es die EU nicht. Die Bundesrepublik profitiere vom EU-Markt auch enorm, weil sie Exporteur sei.

Sie macht darauf aufmerksam, dass derzeit die Verhandlungen für die nächste GAP-Periode stattfinden. Hier gebe es beispielsweise den in Schleswig-Holstein schon erfolgreich getesteten Vorschlag, die Förderung umzugestalten in der Weise, dass die Erfüllung bestimmter Auflagen honoriert und somit ein Einkommen generiert werde.

Frau von Schmidt-Kühl erkundigt sich nach entsprechenden Vorschlägen des Bauernverbandes. - Abg. Fritzen meint, dass sie den Bauernverband in dieser Hinsicht als wenig konstruktiv und bremsend wahrgenommen habe. Sie weist auf die entsprechende öffentliche Meinung hin, die bei der Landwirtschaft gegebenenfalls als Bauernbashing ankomme. Sie halte eine Zusammenarbeit der konstruktiven Kräfte in der Landwirtschaft mit den öffentlich aktiven Menschen sowie den in der Politik agierenden Menschen für notwendig.

Herr Thomas Andresen versichert, dass sich die Landwirtschaft nicht gegen Änderungen stemme - gerade in Bezug auf Pflanzenschutz und Nitrateinträge -, wenn sich nachvollziehen lasse, dass die Einträge aus der Landwirtschaft stammten und es Sinn mache, Veränderungen vorzunehmen.

Auf den Hinweis der Abg. Fritzen zu Studien teilt er mit, dass der Initiative „Land schafft Verbindung“ die von Bundesministerin Klöckner zugesagten Studien bislang nicht zugeleitet worden seien. Argumentiert werde beim Insektenschutz immer mit der Krefelder Studie, die durchaus nicht unumstritten sei.

Herr Dirk Andresen geht auf Glyphosat ein und macht darauf aufmerksam, dass derzeit umstritten sei, ob Glyphosat schädlich sei. Derzeit werde gerade von der Industrie eine Initiative zu Glyphosat entwickelt. Diese werde sicherlich nicht besser werden.

Er wiederholt, notwendig sei ein vernünftiger Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft auch in Schleswig-Holstein. Deshalb stelle er die Frage in den Raum, wie sich die Politik die Landwirtschaft vorstelle. Vorstellungen müssten auch pragmatisch umgesetzt werden. Er bemängelt erneut die Unsicherheit in Bezug auf künftige Rahmenbedingungen, aufgrund dessen nicht investiert werde, und nennt hierzu Beispiele aus der Viehhaltung.

Auf einen Hinweis von Herrn Dirk Andresen weist Abg. Fritzen darauf hin, dass es auch unternehmerische Entscheidungen gebe. In vielen Bereichen im Bereich der Landwirtschaft gebe

es sehr lange Übergangsfristen, um Investitionssicherheit zu gewährleisten. Das sei auch bei den im Rahmen der Diskussion beispielhaft genannten Biogasanlagen der Fall gewesen.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit einem Dank an die anwesenden Vertreter der Initiative „Land schafft Verbindung“ und dem Hinweis darauf, dass die Anliegen der Landwirtschaft bei den Mitgliedern des Umwelt- und Agrarausschusses immer ein offenes Ohr fänden.

2. Bericht der Landesregierung über die Strategie „Entwicklung Ostseeküste 2100“

Antrag der Abg. Kerstin Metzner (SPD)

[Umdruck 19/3368](#)

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, trägt vor, nicht nur durch zurückliegende Sturmflutereignisse und die damit aufgeworfenen Fragen gebe es eine Situation, in der nachhaltig Antworten auf die Veränderungen an der Ostseeküste gegeben werden müssten, und zwar auch mit Blick auf die Unterstützung der touristischen Infrastruktur. In der Zukunft müsse man auch durch bei steigenden Meeresspiegeln davon ausgehen, dass es zu einer Häufung von Sturmfluten kommen werde und deshalb die langfristige Vorbereitung und ein nachhaltiger Umgang mit solchen Ereignissen von besonderer Bedeutung sei. Im vergangenen Jahr sei insbesondere mit dem IPCC-Bericht deutlich geworden, dass in diesem Jahrhundert ein Anstieg des Meeresspiegels bei einem „Weiter so“ mit 0,6 m bis 1,1 m zu erwarten sei. Das stelle das Land nicht nur an der Westküste, sondern auch an der Ostküste vor Herausforderungen. Insofern halte er es für richtig, eine langfristige Anpassungsstrategie mit dem Horizontende 2100 zu erarbeiten.

Dazu sei ein entsprechender Fahrplan entworfen worden. Er sehe vor, dass auf wissenschaftlicher Basis eine morphologische Veränderung prognostiziert werde, um nach der Verarbeitung dieser Daten eine Projektion darzustellen, die einen Blick darauf werfe, wie sich die Küstenabschnitte verändern. Die Ostseeküste sei schließlich eine Ausgleichsküste, an der sich die Sedimente verlagerten und auch Abbrüche oder Ansammlungen stattfänden.

Dies solle Grundlage sein nicht nur mit Blick auf Herausforderungen im Bereich des Küstenschutzes und der Hochwasserstrategie des Landes, sondern auch insbesondere für die Planungen im kommunalen Bereich. Es sollten entsprechende gemeinsame Leitlinien erarbeitet werden, wie eine nachhaltige Planung im Sinne der Küstenveränderungen unter Einbeziehung aller dabei wichtigen Aspekte, der naturschutzfachlichen, der touristischen, aber auch der Küstenschutzaspekte als auch der Fragen der Bauplanung entwickelt werden könne.

In Schleswig-Holstein würden nicht nur die Menschen und Werte hinter den Deichen geschützt, sondern es gebe auch einen hohen Umsatz im Tourismus in Schleswig-Holstein. Der Bruttoumsatz des Gesamttourismus in Schleswig-Holstein betrage immerhin 9,5 Milliarden €

Das sei keine vernachlässigbare Größe. Deshalb sei es richtig, diese Strategie gemeinsam mit dem Tourismusministerium zu erarbeiten.

Im Dezember 2019 sei eine Auftaktveranstaltung durchgeführt worden. Sie habe Anklang gefunden. Aus allen eingeladenen Bereichen, beispielsweise den betroffenen Gemeinden, aber auch vom Bund und aus Mecklenburg-Vorpommern seien Teilnehmer dagewesen, mit denen gemeinsam an den Strategien gearbeitet werden solle. Notwendig sei eine Gesamtstrategie für die Ostseeküste. Notwendig sei auch ein Datenaustausch. Dazu gebe es Unterstützung aus dem universitären Bereich, nämlich der Universität Kiel und der Technischen Universität Hamburg-Harburg, die die Vorarbeit für die Entwicklung der Gesamtstrategie leisteten.

Herr Dr. Hofstede, stellvertretender Leiter des Referats Küstenschutz, Hochwasserschutz und Häfen; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im MELUND, legt ergänzend dar, als erstes habe sich das Ministerium an die Wissenschaft gewandt mit der Frage, was an Erkenntnissen über die Morphologie, zum Klimaanstieg und so weiter an den Küsten vorlege. Professor Winter von der CAU Kiel - fokussiert auf die Küstenentwicklung - und Professor Dr. Fröhle von der Technischen Universität Hamburg - mehr auf die ingenieurmäßigen Aspekte fokussiert - hätten mitgeteilt, Voraussetzung für das ehrgeizige Ziel, Prognosen bis zum Ende des Jahrhunderts zu machen, seien entsprechende Modelle. Diese gebe es derzeit noch nicht. Man habe sich daher darauf verständigt, für die Vorlage entsprechender Ergebnisse vier Jahre zu gewähren.

Die Universität Kiel fokussiere sich mehr auf die natürliche Entwicklung der Küsten bei Zugrundelegung der IPCC-Projektion. Die Universität Hamburg werde auf der Grundlage dieser Daten Untersuchungen vornehmen zu den Fragen, wie Maßnahmen auf das Umfeld wirkten und wie das Umfeld auf Maßnahmen wirke.

Eine Betreuung erfolge durch den Landesbetrieb für Küstenschutz und das Landesamt für ländliche Räume und Umwelt; beide seien beteiligt. Es sei eine Projektgruppe gebildet worden, die von ihm geleitet werde.

Der zweite Schwerpunkt liege im Bereich Tourismus. Auf der Basis einer Bestandsaufnahme, die im nächsten Jahr durchgeführt werden solle, gehe es darum, resiliente Formen zu entwickeln, auf die sich der Tourismus langfristig einstellen könne. Auch dazu würden Gutachten vergeben.

Ein dritter wesentlicher Aspekt sei der Naturschutz. Versucht werden solle, die Maßnahmen, die im Bereich Küstenmorphologie und Ingenieurwesen erarbeitet würden, in Zusammenhang mit Naturschutz zu stellen.

In der ersten Hälfte des Jahres 2022 sollten Zwischenergebnisse in einer ähnlichen Veranstaltung wie der Auftaktveranstaltung vorgestellt werden. Er sei zuversichtlich, dass bis Ende 2024 die Grundlagen zusammengestellt seien, die dann aufbereitet würden, sodass Ende 2025 die Strategie des Landes vorgelegt werden könne.

Minister Albrecht ergänzt, es werde einen Projektbeirat geben, der die zu der Auftaktveranstaltung eingeladenen Vertreter einbinde. Mit den Vertretern von Gemeinden werde immer wieder über den Fortschritt der Arbeiten gesprochen werden.

Auf eine Frage der Abg. Redmann legt Minister Albrecht dar, grundsätzlich sei eine nachhaltige Lösung der Probleme notwendig. Diese werde aber nicht kurzfristig vorliegen können. Es sei nicht falsch, bereits vorliegende Erkenntnisse bei zu ergreifenden Maßnahmen zu berücksichtigen. Das bedeute beispielsweise, dass bei Bauvorhaben ein bestimmter Abstand zu Küstenbereichen berücksichtigt werden sollte, man also bereits präventiv auf eine zu erwartende Entwicklung reagieren könne. Es sei aber auch nicht klar, wie und wann Sturmflutereignisse einträten. Dass es bedingt durch die Klimaveränderung häufigere und gegebenenfalls auch heftigere Sturmflutereignisse geben werde, sei durchaus möglich. Darauf werde die Landesregierung reagieren.

Herr Dr. Hofstede geht auf eine weitere Frage der Abg. Redmann ein und legt dar, die Federführung liege beim MELUND. Erarbeitet werden solle eine modulare Strategie der Bereiche Küstenschutz, Umweltschutz und Tourismus. Für die Umsetzung der Strategien in diesen Modulen seien die jeweiligen Ministerien zuständig.

Auf Bitte der Abg. Metzner sagt Minister Albrecht zu, dem Ausschuss die auf der Auftaktveranstaltung gezeigten Unterlagen zuzuleiten beziehungsweise einen entsprechenden Link bekanntzugeben.

Er führt aus, es solle nicht der Eindruck entstehen, das Land sei auf Sturmfluten und Hochwasserereignisse nicht vorbereitet. Dem sei nicht so. Allerdings liege die Frage der Schäden

dort, wo es keine Hochwasserschutzmaßnahmen oder Küstenschutzmaßnahmen gebe, in der Zuständigkeit der Kommunen und des Wirtschaftsministeriums. Auch für diese Bereiche sollten nachhaltige Lösungen gefunden werden.

Beim Küstenschutz und beim Hochwasserschutz seien mit Blick auf einen möglichen Anstieg des Meeresspiegels bereits entsprechende Anpassungen vorgenommen. Dies werde sich in dem neuen Generalplan Küstenschutz niederschlagen.

Auf eine Frage des Abg. Jensen legt Minister Albrecht dar, bei dem Bereich Küstenschutz und bei dem Bereich Strategieentwicklung Ostseeküste 2100 handele es sich um unterschiedliche Aspekte, die nicht vermischt werden sollten. Der Generalplan Küstenschutz und die Strategie Entwicklung Ostseeküste 2100 müssten sich nicht zwangsweise überlappen. Er halte es für unproblematisch, den Küstenschutz weiterzuentwickeln und parallel die Strategieentwicklung Ostseeküste 2100 durchzuführen.

Herr Dr. Hofstede ergänzt, beim Generalplan Küstenschutz gehe es nicht darum, dass sich die Perspektiven verschöben. Es gehe hier insbesondere um Küstenhochwasserschutz und Küstenschutzsicherung. Beim Küstenhochwasserschutz werde sich nicht allzu viel verändern. Mit Blick auf die sandigen Küsten müsse man aber davon ausgehen, dass sich durch den Anstieg des Meeresspiegels auch der Küstenrückgang beschleunigen werde. Dies werde auch in der Strategieentwicklung Ostseeküste 2100 weiterverfolgt werden.

Herr Petersen, Leiter des Referats Küstenschutz, Hochwasserschutz und Häfen; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im MELUND, trägt ergänzend vor, natürlich werde man sich die Erkenntnisse aus der Strategie Wattenmeer aus der küstenschutzbehördlichen Aufgabewahrnehmung zu eigen machen, insbesondere bei der Frage, inwieweit man bestimmte Nutzungen, die in der Regel über Bauleitplanung abgesichert würden, heute noch zulassen könne. Dies werde möglicherweise eine Konsequenz im küstenschutzbehördlichen Handeln sein.

Auf eine weitere Frage des Abg. Jensen hinsichtlich des Mündungsbereichs der Schlei betont Herr Petersen, selbst wenn es zu einem Durchbruch käme, was er persönlich nicht erwarte, gebe es unter küstenschutzfachlichen Gesichtspunkten keine Möglichkeit des Handelns.

Abg. Redmann begrüßt die Überlegungen zur Entwicklung einer langfristigen Strategie Ostseeküste und stellt konkret Nachfragen nach möglichen Hilfen für Sturmschäden. - Minister Albrecht antwortet, die Frage, wie mit Schäden umzugehen sei, könne kurzfristig nicht anders beantwortet werden als in der Vergangenheit. Eine langfristige Lösung könne nicht kurzfristig nach einem Schadensereignis erreicht werden. Zu betrachten seien hier betroffene Abschnitte möglicherweise unter Einbeziehung angrenzender Küstenabschnitte und unter der Fragestellung, wie Maßnahmen zur Wiederherstellung bei einem nächsten Sturmflutereignis nicht gleich wieder zerstört würden oder man an einer anderen Stelle eine Veränderung herbeiführe, um den betroffenen Küstenabschnitt zu beeinflussen.

Kurzfristige Sicherungs- und Schadensbeseitigungsmaßnahmen würden ohne Zweifel weiter im Raum stehen. In erster Linie stünden diese in der Verantwortung der Kommunen. Wollte das Land vor Ergreifung langfristiger Maßnahmen entsprechend unterstützen, werde darüber zu diskutieren sein. Die Frage sei, ob man diese Hilfen möglicherweise an die Ausrichtung einer Strategie anknüpfe. Diese sei aber noch zu erarbeiten.

Abg. Eickhoff-Weber thematisiert die im Landesnaturschutzgesetz enthaltenen Regelungen zum Mindestabstand von der Mittelwasserlinie der Ostsee vor dem Hintergrund steigender Wasserstände.

Minister Albrecht vertritt die Auffassung, dass die Abstandsregelung zur Debatte stehen müsse. Das sei aber abhängig von dem jeweiligen Küstenabschnitt. Die derzeitige Gesetzlage beziehe sich auf die aktuelle Mittellinie. Es liege keine rechtssichere Prognose vor, auf die man sich stützen könne. Nach Vorliegen der Strategie könne möglicherweise darüber diskutiert werden, ob die Mittellinie dynamisch festgelegt werden könne. Im Übrigen sei auch bei den bisherigen gesetzlich festgelegten Festständen - so auf eine Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber - bereits ein Prognoseabschlag enthalten.

Auf die Frage des Abg. Nobis nach der Finanzierung legt Herr Petersen dar, die Kooperationsvereinbarung mit den beiden Universitäten würden als Vorarbeiten für den Küstenschutz aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes finanziert. Nach seinen Informationen finanziere das Wirtschaftsministerium das von ihm zu

vergebene Gutachten aus bestehenden Haushaltsansätzen. Zusätzlich vom Landtag bereitgestellt worden seien zwei personelle Verstärkungen, eine Stelle im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz und eine Stelle im Bereich des Naturschutzes.

Auf eine Nachfrage der Abg. Metzner hinsichtlich der Durchführung von Küstensicherungsmaßnahmen durch Eigentümer macht Herr Petersen deutlich, die Küstenschutzverwaltung sehe sich in der Verantwortung für die Gesamtstabilität der Küste. Soweit von einzelnen Maßnahmen nachteilige Auswirkungen auf andere Küstenabschnitte nicht auszuschließen oder diese zu erwarten seien, stehe die Küstenschutzverwaltung dem negativ gegenüber und werde Genehmigungen im Einzelfall nicht erteilen.

Abg. Redmann hält es für eine große Herausforderung, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels allen Interessen gerecht zu werden. Sie regt an, dem Ausschuss in bestimmten Abständen von dem Fortschritt der Arbeiten bei der Entwicklung der Strategie „Entwicklung Ostseeküsten 2100“ zu berichten.

Minister Albrecht wiederholt, es werde jeden Fall eine Halbzeitbilanz geben. Im Übrigen bietet er an, im Ausschuss über den Fortgang der Diskussion zu berichten.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1298](#)

(überwiesen am 8. März 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2238](#), [19/2310](#), [19/2364](#), [19/2365](#), [19/2385](#),
[19/2394](#), [19/2400](#), [19/2402](#), [19/2409](#), [19/2419](#),
[19/2420](#), [19/2441](#), [19/2459](#), [19/2489](#), [19/2677](#),
[19/2759](#), [19/2773](#), [19/2893](#), [19/2896](#)

Der Ausschuss stellt diesen Tagesordnungspunkt bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

4. Export von Plastikmüll verbieten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1440](#)

Verschärfung der Baseler Konvention

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1476](#)

Baseler Übereinkommen konsequent umsetzen, Export von nichtverwertbarem Plastikmüll unterbinden

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW

Umdruck [19/3418](#)

(überwiesen am 16. Mai 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2633](#), [19/2639](#), [19/2640](#), [19/2641](#), [19/2672](#),
[19/2736](#), [19/2748](#), [19/2760](#), [19/2788](#), [19/2789](#),
[19/2811](#), [19/2824](#), [19/2825](#), [19/2828](#), [19/2829](#),
[19/2865](#), [19/2866](#), [19/2868](#), [19/2870](#), [19/3418](#)

Die Vertreter von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bringen den aus Umdruck [19/3418](#) ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, die Drucksachen 19/1440 und 19/1476 für erledigt zu erklären und den aus Umdruck [19/3418](#) ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

5. Bericht über den Umweltzustand der Schlei und die Pläne der Landesregierung zur Verbesserung der dortigen Wasser- und Umweltqualität

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1696](#)

(überwiesen am 25. September 2019 zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 19/3186](#), [19/3334](#), [19/3335](#), [19/3341](#), [19/3347](#),
[19/3356](#), [19/3365](#)

Der Ausschuss stellt diesen Tagesordnungspunkt zurück.

6. Entwurf eines Gesetzes über die Pflicht zur Offenlegung transparenter Kontrollergebnisse (POTKG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1704](#)

(überwiesen am 27. September 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/3071](#), [19/3097](#), [19/3132](#), [19/3150](#), [19/3351](#)

Auf Antrag der Abg. Metzner beschließt der Ausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen bis zum 17. Januar 2020 gegenüber der Geschäftsführung benannt werden. Die fachpolitischen Sprecher werden beauftragt, am Rande der nächsten Plenartagung die endgültige Liste der Anzuhörenden festzulegen.

Der Ausschuss strebt an, die Anhörung am 25. März 2020 durchzuführen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1838](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

8. Beschlüsse der 33. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags
vom 28. November 2019

[Umdruck 19/3320](#)

Der Ausschuss stellt den Fraktionen anheim, Stellungnahmen abzugeben.

9. Verschiedenes

a) Kohlekraftwerk Wedel

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, gibt kurz einen Überblick über die bisherigen Entwicklungen sowie die stattgefundenen Untersuchungen. Er legt dar, dass bei der Untersuchung der Zusammensetzung der Partikel andere als erwartete Zusammensetzungen festgestellt worden seien. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse zeigten aber auch, dass eine Schädigung oberhalb der emissionsschutzrechtlichen Vorgaben nicht zu erwarten sei. Schädigungen hätten nicht festgestellt werden können. Er betont, diese umfangreichen Untersuchungen seien vorgenommen worden, um auszuschließen, dass bei Weiterbetrieb des Kraftwerks Zweifel hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit bestünden.

Er habe mit dem neuen Betreiber des Kraftwerks, der Stadt Hamburg, das Gespräch gesucht und sich dafür eingesetzt, dass von dessen Seite Kontakte zu den Betroffenen vor Ort sowie der Bürgerinitiative gesucht würden. Der Umweltsenator der Stadt Hamburg habe zugesagt, dass entstandene Schäden auch ohne Nachweis der Verursachung durch das Kraftwerk beglichen werden sollten. Der Betreiber wolle alles daran setzen, die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen.

Schleswig-Holstein habe deutlich darauf hingewiesen, dass dieses Kraftwerk so schnell wie möglich vom Netz genommen werden sollte.

Derzeit finde in Hamburg ein erheblicher Umstrukturierungsprozess der Wärmeversorgung statt. Perspektivisch werde das Kraftwerk noch bis mindestens 2024 genutzt werden. Schleswig-Holstein habe deutlich gemacht, dass der Betrieb zwar weiterhin genehmigt sei, aber auf das geringstmögliche Maß reduziert werden sollte. In Hamburg werde intensiv daran gearbeitet, Perspektiven zu entwickeln, sodass der Betrieb zügig abgesenkt werden könne. Im Übrigen gebe es keine Änderung der vorhandenen Rechtslage.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 17:50 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin